

Oktober/2018

Ungarn-Update



Aktuelle Zahlen, Daten & Fakten zur ungarischen Wirtschaft und den deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen

1. Allgemeine Wirtschaftsentwicklung

Ungarns Wirtschaft hat wieder auf die Erfolgsspur zurückgefunden und wird 2018 der EU-Kommission zu Folge um 4,0 Prozent wachsen. 2019 rechnet man mit einem Wachstum von 3,2 Prozent. Eine günstige geographische Lage, qualifizierte Fachkräfte, eine gute Infrastruktur und die internationale Verflechtung der Wirtschaft machen Ungarn zu einem der attraktivsten Standorte in der Region. Mit Hilfe von EU-Fördermitteln sowie ausländischer Investitionen erfolgt zudem eine umfassende Modernisierung der ungarischen Volkswirtschaft.

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen wurden in den letzten Jahren von deutschen Unternehmen etwas mit Sorge beobachtet. Diese haben sich bislang aber nicht weiter konkretisiert. Die Regierungspartei von Premierminister Viktor Orbán gewann die Parlamentswahlen im April 2018 mit rund 49 Prozent der abgegebenen Stimmen, die ihr gemäß dem ungarischen Wahlgesetz eine 2/3 Mehrheit im Parlament gesichert haben.

Wirtschaftsindikatoren: Der private Konsum ist einer der wichtigsten Wachstumstreiber. In Folge von Steuererleichterungen, Betriebskostensenkungen, einer niedrigen Arbeitslosigkeit und steigenden Löhnen legte die private Nachfrage im Jahr 2017 um 3,8 Prozent zu und soll 2018 um 4,7 Prozent und 2019 sogar um 4,9 Prozent wachsen. Wachstumstreiber dürften dabei wie im vergangenen Jahr die Bauwirtschaft und die Automobil- und deren Zuliefererindustrie sein. Der Automobilbereich erreicht mittlerweile allein einen Anteil von 30 Prozent an der industriellen Wertschöpfung. Die steigenden Exporte trugen ebenso zum konjunkturellen Aufschwung bei.

Der ungarische Haushalt ist solide und mit einem geschätzten Haushaltsdefizit von 1,2 Prozent werden die Maastricht-Kriterien erfüllt. Über der am 7. Februar 1992 in Maastricht beschlossenen Grenze von 60 Prozent liegt dagegen weiterhin die ungarische Staatsverschuldung. Sie wird im Jahr 2018 voraussichtlich 73,3 Prozent betragen. Ein Beitritt zur Eurozone ist kurz- und mittelfristig nicht in Planung.

Wirtschaftspolitische Trends: Im Mittelpunkt der ungarischen Wirtschaftspolitik steht die Förderung Ungarns als internationalen und zukunftsorientierten Industriestandort, auch das Thema Industrie 4.0 spielt eine zentrale Rolle. Unter der aktuellen Regierung wurden der Re-Industrialisierung und der Digitalisierung der Volkswirtschaft höchste politische Priorität beigemessen. Das produzierende Gewerbe und dessen Wettbewerbsfähigkeit soll gestärkt werden. Ziel der Regierung ist es, Ungarn als für Investoren attraktives Land nachhaltig zu etablieren.

Dazu gehört die Senkung der Körperschaftssteuer auf neun Prozent, was primär produzierenden Unternehmen zugutekommt. Positiv ausgewirkt hat sich auch die Senkung der Sozialbeiträge der Arbeitgeber von 22 Prozent (2017) auf 19,5 Prozent. Im ehrgeizigen Irinyi-Plan der Regierung wurde die Benchmark für den Anteil der Industrie im Jahr 2020 auf 30 Prozent gesetzt. Dazu müsste der Sektor jährlich im hohen zweistelligen Bereich wachsen, um dieses Ziel zu erreichen. Gleichzeitig sollen bis 2020 die Ausgaben für R&D auf 1,6 Prozent des BIP steigen.

Der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik im Hinblick auf die Akquise von Investoren verschiebt sich zunehmend von „Made in Hungary“ zu „Invented in Hungary“. Technologisch anspruchsvolle Investitionen und solche mit einer größeren Wertschöpfung werden immer wichtiger. Auch die Wahl eines dezentralen Standortes wird staatlich gefördert, um eine ausgeglichene regionale Entwicklung zu unterstützen.

Infolge der Wirtschaftspolitik gestalten sich die Chancen für ausländische Unternehmen in einzelnen Sektoren sehr unterschiedlich. Während gegenüber der Industrie eine sehr wohlwollende Wirtschaftspolitik zu beobachten ist, waren Dienstleister in der Vergangenheit stark von staatlichen Maßnahmen betroffen. Zudem wurde der Einzelhandel und der Finanzsektor zwischenzeitlich mit Sondersteuern belegt und ist starken gesetzlichen Regulierungen unterworfen. Es zeichnet sich allerdings eine vorsichtige Lockerung ab.

EU-Beziehungen: Insbesondere EU-Fördermittel für Ungarn im Finanzrahmen 2014 – 2020 über 25,7 Milliarden Euro und die daraus erfolgten Investitionen der Bauwirtschaft und im Infrastrukturbereich kurbeln die ungarische Wirtschaft an. Im Jahr 2016 erhielt Un-

garn nach Polen, Rumänien, und Griechenland die vierthöchste Fördersumme von 3,58 Milliarden Euro. Gemessen am BIP machten die EU-Fördermittel 2,9 Prozent der Wirtschaftskraft aus, wodurch Ungarn in der Region prozentual am BIP gemessen am meisten von den Fördermitteln profitiert.

Da das derzeitige solide Wirtschaftswachstum maßgeblich von den EU-Geldern getragen wird, könnte eine Kürzung der Mittel im EU-Finanzrahmen 2021 – 2027 zu einer Abkühlung der ungarischen Wirtschaft führen. Mit Blick auf die EU-Fördermittel aus dem finanziellen Rahmen für 2021 – 2027 ist von entscheidender Bedeutung, wie die Gelder nach dem Austritt Großbritanniens verteilt werden und ob es künftig eine Verknüpfung mit Kriterien der Rechtsstaatlichkeit geben wird.

Trotz der relativ hohen Einnahmen aus den EU-Fördertöpfen attestiert die Europäische Kommission im Kohäsionsbericht ein nur mäßiges Ergebnis mit Blick auf den Abbau der sozio-ökonomischen und regionalen Ungleichheit. Es ergeben sich nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen der Hauptstadt und den Regionen in Ungarn, die weiterhin niedrige Werte aufweisen.

Geschäftsklima: In einer Umfrage der Deutsch-Ungarischen Auslandshandelskammer wurde das Geschäftsklima im Jahr 2018 so positiv bewertet, wie seit 2005 nicht mehr. 54 Prozent der Unternehmen schätzten ihre Lage gegenüber dem Vorjahr besser ein, nur 8 Prozent rechnen mit einer Verschlechterung. Ursächlich hierfür ist, dass 70 Prozent der Firmen von einer Umsatzsteigerung ausgehen. Auch die Aussichten für die Entwicklung der Exporte sind positiv.

Dagegen schlagen sich die in der Vergangenheit häufig geänderten steuerlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen im Ergebnis der Befragungen zur Wettbewerbsfähigkeit des Standortes negativ nieder. Bemängelt wird vor allem die unzureichende Berechenbarkeit der Politik. Um die 80 Prozent der Unternehmen waren in der Befragung der Deutsch-Ungarischen Industrie- und Handelskammer (DU-IHK) zum Jahresbeginn 2018 hiermit unzufrieden.

Mit Blick auf die Standortbedingungen ergab sich in den vergangenen Jahren allerdings ein signifikanter Wechsel. Die Zufriedenheit mit den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen steigt seit 2012 kontinuierlich, während die Zufriedenheit mit dem Arbeitsmarkt seit 2015 abnimmt, was am zunehmenden Fachkräftemangel liegt. Die Werte für das operative Umfeld steigen seit 2013 an.

Die größten Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr wurden mit Blick auf die Besteuerung und die Effektivität der Verwaltung erzielt,

verschlechtert haben sich hingegen die Werte bezüglich der Qualifikation der Arbeitskräfte und des Ausbildungssystems. Wichtige Bereiche wie Korruptionsabbau, die Transparenz öffentlicher Ausschreibungen und die rechtliche Sicherheit konnten keine Verbesserungen aufweisen. Insgesamt zeigen sich im Durchschnitt Konzerne zufriedener als KMU. 84 Prozent der Unternehmen würden erneut in Ungarn investieren.

Herausforderungen: Sorgen bereitet den Firmen die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Laut der DUIHK-Umfrage zeigten sich beinahe drei Viertel der Unternehmen mit dem Arbeitsmarkt unzufrieden, ca. 30 Prozent sogar als „sehr unzufrieden“. Diese Herausforderung ist nicht auf einzelne Branchen beschränkt, sondern branchenübergreifend. Besonders betroffen sind produzierende Unternehmen mit einer hohen Zahl an Mitarbeitern und einer Exportorientierung. Der Fachkräftemangel wird durch den Brain Drain verstärkt, Schätzungen zufolge leben über 300.000 Ungarn im Ausland. Bei einer Bevölkerung von 9,8 Millionen macht das einen Anteil von 3 Prozent aus.

Zugleich wächst der Druck auf die Löhne, was sich nachteilig auf die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts auswirken könnte. Die steigenden Löhne (2018: +7,4 Prozent) können allerdings gleichzeitig einen Anreiz zur Förderung der Automatisierung sein, wodurch sich die Produktivität und letztendlich die Wettbewerbsfähigkeit steigern ließe.

Die Regierung erklärte bestimmte Branchen für strategisch wichtig. Dazu gehören der Bankensektor, die Medien, der Einzelhandel und die Energiewirtschaft. Die Markteintrittschancen für ausländische Investoren sind hier in der Regel deutlich niedriger als in der von der Politik geförderten Industrie. Zudem wird ein steigendes Engagement Chinas in Ungarn verzeichnet. Das Reich der Mitte engagiert sich insbesondere im Infrastrukturbereich. Ob sich dies auf öffentliche Ausschreibungen auswirkt, bleibt abzuwarten.

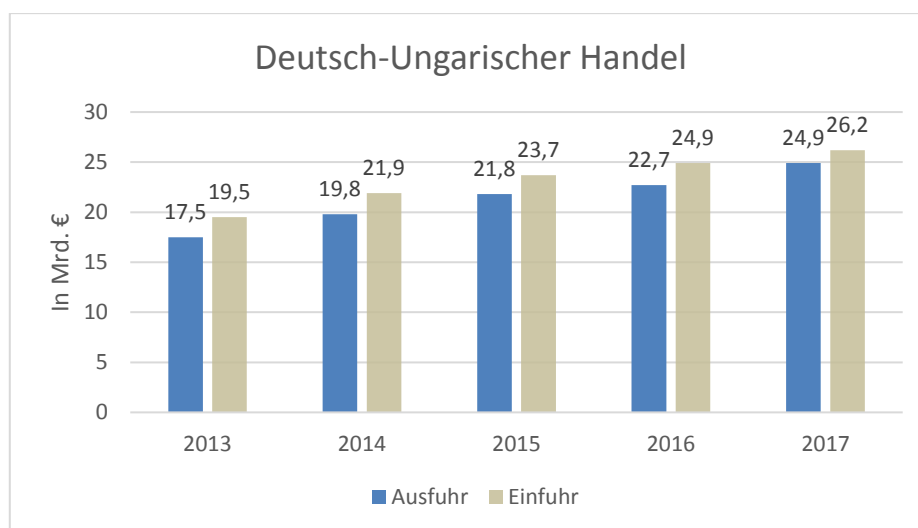
2. Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland

Handelsentwicklung: Die deutsche und die ungarische Wirtschaft sind eng miteinander verflochten. Das spiegelt sich deutlich im Warenaustausch wider.

2017 war Ungarn nach Polen (111 Milliarden), Tschechien (88 Milliarden) und Russland (57 Milliarden) der viertwichtigste Handelspartner Deutschlands unter den 29 Ländern Mittel- und Osteuropas, Südosteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens. Der deutsch-ungarische Handel belief sich im Jahr 2017 auf 51 Milliarden Euro, wovon die deutschen Exporte 25 Milliarden und die Importe 26 Milliarden Euro ausmachten. Damit gehört Ungarn zu den wenigen Ländern, die eine positive Handelsbilanz mit der Bundesrepublik vorweisen können. Der Warenaustausch wies 2017 mit 7,2 Prozent ein relativ hohes Wachstum auf, liegt aber zwei Prozentpunkte unter den Zuwächsen im deutschen Handel mit Polen und Tschechien (beide 9,4 Prozent).

In den Monaten von Januar bis Juli 2018 zeichnet sich gegenüber dem Vorjahr eine weitere Vertiefung der deutsch-ungarischen Handelsbeziehungen ab. Der bilaterale Warenaustausch legte um 8,5 Prozent zu und umfasste bislang insgesamt 32,3 Milliarden Euro.

Der Bundesbank zufolge beliefen sich die unmittelbaren und mittelbaren deutschen Direktinvestitionen (saldiert) in Ungarn im Jahr 2016 auf 18 Milliarden Euro und wiesen damit gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von 2 Milliarden auf. Gemessen an der Höhe der deutschen Investitionen liegt Ungarn auf Platz 3 innerhalb der Visegrád-Gruppe. Die deutschen FDIs in der EU machten insgesamt 448 Milliarden Euro aus, wovon der Anteil Ungarns 4 Prozent beträgt.



Graphik: OAOEV; Quelle: Statistisches Bundesamt

Deutsch-Ungarischer Handel:
Die wichtigsten fünf Warengruppen 2017

Deutscher Export:

Waren	in Mio. Euro
Kraftwagen und Kraftwagenteile	4.393,1
Maschinen	4.381,9
Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugn.	3.268,3
Elektrische Ausrüstungen	2.691,4
Chemische Erzeugnisse	1.460,8

Deutscher Import:

Waren	in Mio. Euro
Kraftwagen und Kraftwagenteile	8.616,9
Datenverarbeitungsgeräte, elektr. u. opt. Erzeugn	3.645,8
Elektrische Ausrüstungen	3.261,4
Maschinen	2.780,3
Sonstige Waren	1.652,6

Graphik: OAOEV; Quelle: Statistisches Bundesamt

3. Aktivitäten des OAOEV

Der „Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V. (OAOEV)“ setzt sich für die Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Verflechtung als stabilisierendes und tragfähiges Element der deutsch-ungarischen Beziehungen ein. Dazu gehört die Stärkung der Wahrnehmung Ungarns als Wirtschaftspartner Deutschlands in der deutschen Politik und Öffentlichkeit entsprechend seiner wirtschaftlichen Bedeutung.

Im September 2018 fand eine Reise der Geschäftsführung nach Ungarn statt, um über Möglichkeiten zur Vertiefung der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit ungarischen Partnern insbesondere in den Bereichen Innovation und Digitalisierung zu erörtern. Es fanden Treffen mit Staatssekretär Ákos Kara im Ministerium für Innovationen und Technologie, dem Vorstandsmitglied der AHK Ungarn (DUIHK) Gabriel Brenner und der Hungarian Investment Promotion Agency (HIPA) statt.

Die Verbandsaktivitäten umfassen die Durchführung von Delegationsreisen, die Organisation von Wirtschaftskonferenzen, Hintergrundgespräche mit Entscheidern sowie die Sitzungen des Länderkreises Mitteleuropa, in dessen Rahmen sich Unternehmen bereits während

der konstituierenden Sitzung am 14. Mai 2018 ausgetauscht haben. Die kommende Sitzung des Länderkreises im Oktober 2018 widmet sich den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für Handel und Investitionen. Im Rahmen zahlreicher Arbeitskreise befassen sich Experten mit dem Land und Unternehmer tauschen ihre Erfahrungen aus, dazu gehören die Arbeitskreise Digitalisierung, Urbane Infrastruktur und Energieeffizienz, Gesundheitswirtschaft und Logistik und Verkehrsinfrastruktur.

4. Weitere Informationen

Ansprechpartner für Ungarn im OAOEV:

Adrian Stadnicki

Regionaldirektor Mitteleuropa

Tel.: 030 206167-138

Fax: 030 2028-2437

A.Stadnicki@bdi.eu

Wichtige Links:

Deutsch-Ungarische Industrie- und Handelskammer:

<https://www.ahkungarn.hu/>

Bundesbank:

www.bundesbank.de

Deutsche Auslandsvertretungen in Ungarn:

<https://budapest.diplo.de/hu-de>

Germany Trade&Invest:

www.gtai.de/GTAI/Navigation/DE/welcome.html

Fachmagazin OstContact:

<https://owc.de/>

Märkte Weltweit:

<http://www.maerkte-weltweit.de>

Ungarische Statistikbehörde:

<https://www.ksh.hu/>

Statistisches Bundesamt:

<https://www.destatis.de/DE/Startseite.html>

Aktuelle Statistiken und viele weitere Informationen zu den deutsch-ungarischen Wirtschaftsbeziehungen und zu weiteren 29 OAOEV-Ländern finden Sie auf der Internet-Seite des OAOEV unter www.oaoev.de/de/lander

Newsletter: Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein bietet einen kostenlosen monatlichen Newsletter an, den Sie über die Internetseite www.oaoev.de/newsletter abonnieren können. Folgen Sie uns auch auf Twitter und Facebook unter [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)

Der Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss – Osteuropaverein
der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 30 206167-120
E-Mail: A.Metz@bdi.eu
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.oaoev.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)